



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Brodard Claude

2023-GC-23

Serafe: unverständliche und schädliche Verzögerungen bei der Abgabenerhebung

I. Anfrage

Mit Erstaunen und einem Hauch von Ärger habe ich letzte Woche von der Inkassofirma Serafe AG eine Rechnung für die Radio- und Fernsehgebühr in der Höhe von 1337.50 Franken erhalten. Diese sehr verspätete Rechnung erreichte mich ohne Begleitschreiben, das die Verspätung erklären könnte, und ohne die Möglichkeit, den doch sehr hohen Betrag beispielsweise in Raten zu zahlen. Der in Rechnung gestellte Betrag entspricht den Abgaben für den Zeitraum vom 1. Juni 2019 bis 31. Mai 2023. Dies ist unverständlich, denn in diesem Zeitraum hat sich weder mein Haushalt noch mein Wohnort verändert.

Viele Bekannte, darunter Rentnerinnen und Rentner oder in bescheidenen Verhältnissen lebende Personen, haben mir erzählt, dass es ihnen gleich ergeht. Sie haben mit grösster Wahrscheinlichkeit Mühe, diese Rechnung innerhalb der gesetzten Frist bis am 31. Mai 2023 zu bezahlen. Dafür ist eindeutig die Inkassostelle verantwortlich. In der Tat bezahlen die Personen in 99 % der Fälle ihre Rechnungen spontan bei Empfang.

Aufgrund dieser Situation und da mir dieses organisatorische Problem bei der Serafe AG Sorgen bereitet, insbesondere was den Schutz der Schuldnerinnen und Schuldner der Abgabe betrifft, bin ich der Meinung, dass dieses Problem kritisch geprüft und der Inkassostelle bzw. dem Auftraggeber, also dem BAKOM bzw. dem UVEK, vorgelegt werden muss.

Deshalb erlaube ich mir, dem Staatsrat die folgenden Fragen zu stellen:

1. Sind die organisatorischen Probleme bei Serafe und ihre verspätete Rechnungsstellung dem Staatsrat bekannt? Haben sich Haushalte, Unternehmen und andere Schuldner der Serafe AG infolge dieser verspäteten Rechnungsstellung gemeldet?
2. Wenn ja, wie viele Fälle sind in unserem Kanton betroffen (ungefähr)?
3. Sind Ihnen derartige Fälle in anderen Kantonen bekannt? Wenn ja, wie oft kommt dies vor und aus welchen Gründen?
4. Wird der Staatsrat die Serafe AG direkt kontaktieren, um die Gründe für diese Situation zu erfahren, die viele Bürgerinnen und Bürger belastet?
5. Wird der Staatsrat eingreifen und von der Serafe AG verlangen, dass sie Zahlungserleichterungen für die verspäteten hohen Rechnungen vorsieht, dies zum Beispiel indem sie kollektiv für alle betroffenen Haushalte eine Zahlung in drei oder vier Monatsraten vorsieht?
6. Wird der Staatsrat den Auftraggeber, das heisst das UVEK und das BAKOM, über diese unangenehme Situation für die betroffenen Personen informieren?

7. Wird der Staatsrat vom Bundesrat konsultiert, wenn dieser den Auftrag für die Abgabenerhebung vergibt oder erneuert?

6. Februar 2023

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat beantwortet die Fragen von Grossrat Brodard wie folgt:

1. *Sind die organisatorischen Probleme bei Serafe und ihre verspätete Rechnungsstellung dem Staatsrat bekannt? Haben sich Haushalte, Unternehmen und andere Schuldner der Serafe AG infolge dieser verspäteten Rechnungsstellung gemeldet?*

Der Staatsrat hat am 7. Februar 2023 einzig über die Medien erfahren, dass gewisse Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde im Saanebezirk nach mehrjähriger Pause die Rechnung für die Radio- und Fernsehgebühren der vergangenen Jahre erhalten haben. Er wurde von keinen Unternehmen oder Einzelpersonen spezifisch darauf angesprochen. Der Staatsrat kann nicht sagen, ob der Fehler bei der Informationsübermittlung durch die zuständige Gemeindebehörde oder bei der Serafe AG liegt. Er weist jedoch darauf hin, dass es zuvor schon Adressierungsprobleme gegeben hat, die von parlamentarischen Vorstössen auf Bundesebene aufgegriffen worden sind und zu denen die zuständige parlamentarische Kommission Empfehlungen abgegeben hat. Diese überwacht auch die seither getroffenen Korrekturmassnahmen.¹

2. *Wenn ja, wie viele Fälle sind in unserem Kanton betroffen (ungefähr)?*

Wie in der Antwort auf die 1. Frage erwähnt, wurde der Staatsrat über den vorliegenden Fall nicht direkt informiert.

3. *Sind Ihnen derartige Fälle in anderen Kantonen bekannt? Wenn ja, wie oft kommt dies vor und aus welchen Gründen?*

Dem Staatsrat sind jüngst keine ähnlichen Fälle in anderen Kantonen zur Kenntnis gebracht worden.

4. *Wird der Staatsrat die Serafe AG direkt kontaktieren, um die Gründe für diese Situation zu erfahren, die viele Bürgerinnen und Bürger belastet?*

Der Staatsrat ruft in Erinnerung, dass es nicht seine Aufgabe ist, in derartige Dinge einzugreifen. Er ist nicht am Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis beteiligt. Seiner Meinung nach ist es Sache der betroffenen Personen und Unternehmen zu handeln und den Kundendienst der Firma zu kontaktieren.

¹ Die Geschäftsprüfungskommissionen der beiden Bundeskammern verfolgen die Lancierung der neuen Abgabe seit 2017. Vgl. hierzu insbesondere die [Medienmitteilung vom 23. Mai 2022](#) und die Antworten des Bundesrats auf die Interpellationen Rutz Gregor [20.3108](#) und Germann Hannes [20.3757](#) sowie die Frage Schneider Schüttel [19.5172](#).

5. *Wird der Staatsrat eingreifen und von der Serafe AG verlangen, dass sie Zahlungserleichterungen für die verspäteten hohen Rechnungen vorsieht, dies zum Beispiel indem sie kollektiv für alle betroffenen Haushalte eine Zahlung in drei oder vier Monatsraten vorsieht?*

Es wird auf die Antwort auf die 4. Frage verwiesen.

6. *Wird der Staatsrat den Auftraggeber, das heisst das UVEK und das BAKOM, über diese unangenehme Situation für die betroffenen Personen informieren?*

Im Allgemeinen übernimmt der Staatsrat keine derartigen spezifischen Aufgaben. Die betroffenen Personen und Unternehmen müssen die zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um sich zu beschweren. Sollte dem Staatsrat eine ähnliche Situation von grösserem Ausmass zur Kenntnis gebracht werden, würde er eine Information der Freiburger Abgeordneten in den Bundeskammern prüfen.

7. *Wird der Staatsrat vom Bundesrat konsultiert, wenn er den Auftrag für die Abgabenerhebung vergibt oder erneuert?*

Für das Ausschreibungsverfahren ist das BAKOM im Auftrag des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zuständig. Das UVEK hat am 7. März 2017 der Serafe den aktuellen Auftrag erteilt, der bis am 31. Dezember 2025 läuft. Die Firma erhielt den Zuschlag aufgrund spezifischer Kriterien, wie dies das UVEK in seiner Antwort auf die Interpellation [17.3236](#) von Nationalrätin Valerie Piller Carrard erklärt hat.

Der Staatsrat wird bei der Vergabe oder der Erneuerung des Auftrags für die Abgabenerhebung nicht angehört. Er wünscht auch nicht, in den Prozess eingebunden zu werden, wie er bereits in seiner Antwort auf die Anfrage [2017-CE-96](#) Senti Julia/Steiert Thierry «Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren – Schliessung der Billag» dargelegt hat.

4. April 2023